

hoben. Grundsätzlich müsse zudem die Öffentlichkeitsbeteiligung verbessert werden. Röscheisen mahnte eine zügige Überarbeitung des Gesetzes an, um die „fundamentalen Konstruktionsfehler“ auszuräumen.

Vor Beginn der eigentlichen Anhörung hatte die Kovorsitzende der Kommission, Ursula Heinen-Esser (CDU), Kritik an den Organisationen geübt, die öffentlich ihre Teilnahme an der Anhörung abgelehnt hatten. Hubertus Zdebel (Die Linke) verteidigte daraufhin die Absage der Organisationen unter Verweis auf die grundsätzliche Skepsis, mit der diese die Kommission seit Anbeginn begleitet haben. Tatsächlich waren die jetzt vorgebrachten Kritikpunkte am Stand-AG bereits sämtlich vor dessen Inkrafttreten der Politik gegenüber vorgebracht worden. ●

#### Berichtigung 1

### Update: Säuglingssterblichkeit in Japan nach Fukushima

In dem Beitrag von Alfred Körblein: „Update: Säuglingssterblichkeit in Japan nach Fukushima“ im Strahlentelex Nr. 668-669 vom 6.11.2014 muß es auf der Seite 5 in der Spalte 1 der Tabelle 1 statt *tstudy* richtig *dmarS* und statt *dmar11* richtig *dmarC* heißen. Wir bitten, dieses Versehen zu entschuldigen. ●

#### Berichtigung 2

### SPD, nicht CDU

In der vorigen Ausgabe (Strahlentelex 668-669 vom 6.11.2014) wurde auf der Seite 7 die Bundesumweltministerin Barbara Hendricks fälschlich der CDU anstelle der SPD zugeordnet. Ein aufmerksamer Leser machte darauf aufmerksam. Frau Hendricks und die Leserinnen und Leser mögen dieses Versehen verzeihen. ●

## Katastrophenplanung

# Ein europäischer Standard für die Planung von Katastrophenschutzmaßnahmen für Atomkraftwerke

Die Leiter der europäischen Strahlenschutz- und Reaktorsicherheitsbehörden haben erstmals ein europaweites Konzept für die Bewältigung von schweren kerntechnischen Unfällen vorgelegt, das auf eine Initiative des deutschen Bundesumweltministeriums (BMUB) zurückgeht und ein einheitliches Bewertungsschema für den Zustand von Atomanlagen enthält. Das erklärte das BMUB anlässlich der Veröffentlichung des Papiers am 24. November 2014. Damit würden auch erstmals grenzüberschreitende Empfehlungen für erste Maßnahmen bei schweren Atomunfällen gegeben.

Bundesumweltministerin Barbara Hendricks lobte der Mitteilung zufolge die Entscheidung als wichtigen Schritt hin zu einheitlichen Standards. Radioaktive Strahlung mache nicht an Grenzen halt. Da es in unseren Nachbarländern mehrere Atomkraftwerke in der Nähe der deutschen Grenze gebe, diene ein gemeinsames Vorgehen auch unserem Schutz. Sie begrüße daher, daß es gelungen sei, ein gemeinsames europäisches Konzept zur Bewältigung von schweren atomaren Unfällen zu erarbeiten.

Das Konzept war in den zurückliegenden Monaten von einer gemeinsamen „Task Force ATHLET“ erarbeitet worden. 21 Experten für Reaktorsicherheit, Notfallschutz und Strahlenschutz aus 14 Ländern leiteten „aus den Erfahrungen in Fukushima ein robustes Bewertungsschema für den Zustand eines havarierten Atomkraftwerks ab und gaben Empfehlungen für die Planung von Maßnahmen zum Schutz der Bevölkerung in der Frühphase eines schweren Unfalls“,

wird erklärt. Die Experten sind Vertreter der Leiter der europäischen Strahlenschutz- (Heads of the European Radiological Protection Competent Authorities, HERCA) und Reaktorsicherheitsbehörden (Western European Nuclear Regulator's Association, WENRA). HERCA ist eigenen Angaben zufolge ein freiwilliger Zusammenschluß, der 2007 gegründet wurde. WENRA begann mit seiner Kooperation bereits 1999.

In allen europäischen Ländern gebe es seit Jahren effiziente Mechanismen, um im Notfall adäquat reagieren zu können, behauptet das BMUB. Auf Basis einer Vielzahl von Anlagenparametern könne in Verbindung mit numerischen Wettervorhersagen präzise prognostiziert werden, welche Maßnahmen an welchem Ort notwendig seien, um die Bevölkerung vor Schaden zu bewahren. Wie die dreifache Katastrophe von Fukushima allerdings gezeigt hat, hat genau das in Japan nicht funktioniert. „Widrige Umstände“, heißt es deshalb jetzt, könnten dazu führen, daß der für diese Form von Vorhersagen und Bewertungen notwendige Datenaustausch unterbrochen wird. In genau solchen „extrem unwahrscheinlichen“ Situationen, wie sie aber in Japan bereits stattfanden, soll das nun vorgestellte Bewertungsschema Anwendung finden. Es ermögliche eine „robuste Klassifizierung auf Basis einer stark reduzierten Anzahl von Anlagen- und Wetterparametern“, die auch unter ungünstigsten Bedingungen zur Verfügung ständen.

Das Bewertungsschema sei bewusst auf die wesentlichen Maßnahmen Evakuierung, Auf-

enthalt in Gebäuden und Jodblockade reduziert, wird erklärt:

- Bis zu einem Abstand von 5 Kilometern vom Atomkraftwerk sollen die zuständigen Behörden auf eine Evakuierung vorbereitet sein. Und für eine eventuelle Ausweitung auf bis zu 20 Kilometer soll eine geeignete Strategie vorliegen.

- Bis zu einer Entfernung von 20 Kilometern sollen die Bewohner darauf vorbereitet sein, sich in ihren Wohnungen aufzuhalten. Auch eine Jodblockade ist hier vorgesehen. Für eine eventuelle Ausweitung auf bis zu 100 Kilometer soll eine geeignete Strategie vorliegen.

Diese Planungsradien entsprechen weitgehend denjenigen, die die deutsche Strahlenschutzkommission (SSK) in diesem Jahr empfohlen hat und die derzeit in Deutschland von den zuständigen Behörden umgesetzt werden, erklärt das BMUB. Der deutsche Ansatz gehe bei der Jodblockade aber über den jetzt verabredeten europäischen Standard hinaus. Für Kinder, Jugendliche und Schwangere soll im ganzen Bundesgebiet und nicht nur im Umkreis von 100 Kilometern um Atomkraftwerke herum Vorsorge getroffen werden.

„In Anbetracht des Sicherheitsniveaus europäischer Atomkraftwerke“ und der im Rahmen der Fukushima-Nachlese umgesetzten Verbesserung meinen HERCA und WENRA, daß die Wahrscheinlichkeit eines mit Fukushima vergleichbaren Ereignisses, das tatsächlich Evakuierungen in bis zu 20 Kilometer Entfernung und Aufenthalt in Gebäuden sowie Jodblockaden bis zu einer Entfernung von 100 Kilometern notwendig macht, in Europa sehr gering sei.

Die Empfehlungen der deutschen SSK waren am 13./14. Februar 2014 von diesem Gremium verabschiedet worden. Strahlentelex hatte unter

der Überschrift „Neue deutsche Notfallpläne bringen nur vergleichsweise reduzierten Strahlenschutz“ in der Ausgabe vom 3. April 2014 berichtet. Die praktische Umsetzbarkeit der Empfehlungen wird bezweifelt. Langfristig umgesiedelt werden soll demnach zudem in Gebieten, in denen eine jährliche Strahlenbelastung von mehr als 100 Millisievert infolge des radioaktiven Niederschlags zu erwarten ist. Wie verlautete hatte man in der SSK diskutiert, diesen Wert auf 50 Millisievert zu halbieren. In ihrer

dann veröffentlichten Empfehlung spricht die SSK jedoch nicht mehr davon. In Japan beträgt dieser Wert nämlich lediglich 20 Millisievert und bei Tschernobyl betrug er sogar nur 5 Millisievert pro Jahr. Der deutsche Strahlenschutz ist damit schlechter als der in Japan und in den Ländern der früheren Sowjetunion. 20 Millisievert jährlich ist zudem der Wert, der beruflich strahlenexponierten Personen zugemutet wird. Diese Tatsachen könnten zu einer Diskussion des deutschen Richtwertes führen und dessen

Absenkung die Größe der betroffenen Gebiete und die Zahl der betroffenen Personen vervielfachen, wird befürchtet. Offenbar ist das der Grund, weshalb dies von der SSK nicht mehr erwähnt wird.

Für die Umsetzung der Pläne sind in Deutschland die Bundesländer zuständig. Deshalb ist unklar, wann sie in Kraft treten werden. Eine vorangegangene Empfehlung der SSK aus dem Jahre 2006 war erst nach zwei Jahren rechtlich wirksam geworden.

Das Positionspapier der gemein-

per-GAU noch erheblich mit radioaktivem Cäsium belastet sind.

Die Messergebnisse hat das Institut jetzt in eine interaktive Karte eingespeist, die es dem Nutzer erlaubt, sich einen Überblick zu verschaffen, ob auch seine Gegend zu den belasteten Regionen gehört. Es kann nach Postleitzahl oder Ort, aber auch nach einer bestimmten Pilzart gesucht werden, um zu erfahren, mit welcher radioaktiven Belastung zu rechnen ist.

Zusätzlich hat das Umweltinstitut München eine Karte der radioaktiven Belastung von Wildschweinen in Bayern erstellt. Die Daten stammen von einem engagierten Bürger, der sowohl eigene Messungen durchführt als auch Messwerte von bayerischen Jägern sammelt. Das bayerische Umweltministerium weigert sich bislang, die Daten der Jäger zu veröffentlichen. Die Belastungen sind immer noch erschreckend hoch.

Am 10. Juli 2014 hatte die Fernseh-Sendung „quer“ des Bayerischen Rundfunks über die hohe Belastung von Wildschweinen in Bayern informiert. Kritisiert wurde vor allem, daß die Belastungsdaten den Bürgerinnen und Bürgern aus angeblichen Datenschutzgründen nicht zur Verfügung gestellt werden. Ein Datenschutzexperte konstatierte da-

samen Task Force ATHLET von HERCA und WENRA ist im Internet zu finden unter [http://www.herca.org/herca\\_news.asp?newsID=41](http://www.herca.org/herca_news.asp?newsID=41).

Die Empfehlung der deutschen Strahlenschutzkommission „Planungsgebiete für den Notfallschutz in der Umgebung von Kernkraftwerken“:

[http://www.ssk.de/SharedDocs/Beratungsergebnisse\\_PDF/2014/Planungsgebiete.pdf?\\_\\_blob=publicationFile](http://www.ssk.de/SharedDocs/Beratungsergebnisse_PDF/2014/Planungsgebiete.pdf?__blob=publicationFile)

Hinweise zur Jodblockade:

[www.jodblockade.de](http://www.jodblockade.de).

Strahlentelex 654-655 vom 3. April 2014:

[www.strahlentelex.de/Stx\\_14\\_654-655\\_S09-10.pdf](http://www.strahlentelex.de/Stx_14_654-655_S09-10.pdf) ●

## Atommüll

### Dänemark beteiligt die deutsche Öffentlichkeit an seiner Endlagerplanung

Dänemark hat einen Plan für die Suche nach einem Standort für die Endlagerung schwach- und mittelradioaktiver Abfälle vorgelegt, zu dessen Umweltauswirkungen die deutsche Öffentlichkeit und die deutschen Behörden bis zum 23. Januar 2015 die Möglichkeit haben, Stellung zu nehmen. Das teilte das deutsche Bundesumweltministerium (BMUB) am 25. November 2014 mit.

Die Beteiligung der deutschen Öffentlichkeit erfolgt im Rahmen einer grenzüberschreitenden strategischen Umweltprüfung des Plans. Dänemark hat die Suche nach einem potentiellen Endlagerstandort auf sechs Regionen eingegrenzt, die im Plan zur Errichtung eines Endlagers für dänische schwach- und mittelradioaktive Abfälle beschrieben werden. Der Deutschland nächste Standort ist demnach Rødbyhavn auf Lolland, gegenüber der deutschen Insel Fehmarn.

Eine strategische Umweltprüfung muss gemäß europa- und völkerrechtlicher Verpflichtungen durchgeführt werden, falls mögliche grenzüberschreitende Umweltauswirkun-

gen zu erwarten sind. Das Ziel ist, Pläne und Programme im Laufe ihrer Ausarbeitung und vor ihrer Genehmigung unter Einbeziehung angrenzender Staaten einer Umweltprüfung zu unterziehen.

Stellungnahmen und Eingaben, auch in deutscher Sprache, können unmittelbar an die zuständige Behörde in Dänemark gerichtet werden. Einzelheiten zum Verfahren und die von der dänischen Behörde übersandten Unterlagen stellt das Bundesumweltministerium auf seinen Internetseiten bereit:

[www.bmub.bund.de/P3597](http://www.bmub.bund.de/P3597). ●

### Nahrungsmittelbelastungen

### Interaktive Karte mit Meßergebnissen von Pilzen und Wild

Seit der Katastrophe von Tschernobyl untersucht das Umweltinstitut München unter anderem Wildpilze, Waldbeeren und Wildfleisch, die auch 28 Jahre nach dem Su-

gegen, daß es sich um Tiere und nicht um Menschen handelt und deshalb keine Persönlichkeitsrechte betroffen sind. Das gleiche Thema behandelte das ARD-Morgenmagazin am 26. September 2014, ein angefragtes Interview lehnte das bayerische Umweltministerium ab. Offenbar ist es an den Meßdaten, die von den Jägern weitergegeben werden, gar nicht interessiert. Und schon gar nicht an einer Veröffentlichung, konstatiert das Umweltinstitut München.

„Daraufhin haben wir Kontakt aufgenommen und angeboten, dass das Umweltinstitut München die Daten veröffentlichen würde“, berichten die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Instituts. Die alarmierenden Ergebnisse: Mehr als 2.000 Proben wiesen eine Radiocäsium-Belastung über dem EU-Grenzwert von 600 Becquerel pro Kilogramm (Bq/kg) auf, 141 Proben überschritten sogar die 10.000er Marke. Zehn Messwerte liegen oberhalb von 16.000 Bq/kg, der Spitzenwert liegt bei 27.790 Bq/kg Radiocäsium.

Meßergebnisse von Pilzen und Waldbeeren: [http://www.umweltinstitut.org/themen/radioaktivitaet/messungen/waldproduktmessung\\_en.html](http://www.umweltinstitut.org/themen/radioaktivitaet/messungen/waldproduktmessung_en.html)

Meßergebnisse von Wild in Bayern: <http://www.umweltinstitut.org/themen/radioaktivitaet/messungen/wildmessungen.html> ●